



Presseaussendung zur Podiumsdiskussion

VER-RÜCKTE MIGRANT*INNEN

27.09.2022, 18:00 Uhr | Media Center Rathaus Graz

Unter dem bewusst provokant gewählten Titel fand Dienstagabend eine bildungspolitische Podiumsdiskussion mit ausgewiesenen Gesundheitsexpert*innen statt.

Im Beisein des für Gesundheit und Integration zuständigen Stadtrats **Mag. Robert Krotzer**, standen sozialpsychologische Angebote der Gesundheitsversorgung für Migrant*innen und die Verantwortung der Politik im Fokus.

Im Folgenden *Zitate* und inhaltlich prägnante Statements aus der Podiumsdiskussion:

Dr. Günter Klug, fachlicher Leiter der GFSG Psychosozialen Dienste in Graz

„Was verrückt Menschen? Zu großer Druck verrückt Menschen“ (Zitat)

stellte Dr. Klug in seinem Eröffnungsstatement fest. Druck in Form von Stress etwa durch soziale Probleme erhöhe sich bei vielen Migrant*innen durch Zusatzbelastungen wie

- fremde Kultur
- Erfahrung der Flucht
- Traumatisierung im Herkunftsland und auf dem Fluchtweg

Als wesentliche persönliche Barriere im Zugang zu einer psychosozialen Versorgung nannte Dr. Klug das Unwissen über die Verfügbarkeit einer Versorgung, die man unter Umständen nicht kenne.

„Wer keine Ahnung hat welche Angebote es gibt, kann diese auch nicht annehmen!“ (Zitat)

Man sei darum bemüht, im Team multiethnischer zu werden, was schwierig sei, weil es sehr wenige Personen mit richtiger Qualifikation gebe.

Nora Tödting-Musenbichler, Direktorin der Caritas Steiermark

„Unsere Mittel sind trotz großer Bemühungen begrenzt, wir können nur Grundversorgung anbieten, dann ist stopp“

Im Besonderen Menschen aus Kriegsgebieten bräuchten viel mehr als die Grundversorgung. Die Caritasdirektorin hob die Bedeutung muttersprachlicher Beratung und Begleitung hervor. Defizite sieht sie etwa in mangelnder Verfügbarkeit von Sonderunterkünften für psychisch Kranke und in zu langen Wartezeiten bei Psychotherapie-Plätzen.

Dr.ⁱⁿ Katharina Purtscher, langjährige Leitung Kinder- und Jugendpsychiatrie, wissenschaftliche Leitung des KIT-Land Steiermark

„Kinder dürften keinen freiheitsentziehenden Maßnahmen wie Schubhaft ausgesetzt werden!“

„Hoch belastete Eltern beeinflussen die psychische Gesundheit der Kinder!“

Die Fachärztin merkte in ihrem Statement an, dass man es bei migrantischen Kindern häufig mit psychischen Erkrankungen zu tun habe, die nicht nur im engeren Zusammenhang mit ihrer Migrationsgeschichte stünden. Gerade bei unbegleiteten Minderjährigen sei häufig eine *„sequentielle Traumatisierung“* festzustellen, welche sich am Weg vom Heimatland auf der Flucht bis hin ins Aufnahmeland vervielfache. Entscheidend für die Besserung der Belastung sei das Gefühl von Sicherheit, welches den Kindern im Aufnahmeland zustehen sollte. Purtscher plädiert für eine Gleichstellung geflüchteter Kinder insbesondere in Bezug auf ein Recht auf Schule und Bildung sowie auf entsprechende medizinische und soziale Versorgung.

MMag. **Dr. Christian Lagger**, MBA, Geschäftsführer Krankenhaus der Elisabethinen Graz, Präsident des IFZ (Internationales Forschungszentrum für soziale und ethische Fragen)

„Psychische Gesundheit kann soziale Armut verhindern! Das Krankenhausbett ist die teuerste Form der Versorgung, aber nicht immer die Effizienteste.“ (Zitat)

Es brauche abgestufte Versorgung, diese funktioniere „in vielen Bereichen nur suboptimal“.

Lagger beklagte generellen Personalmangel bei Fachkräften in der Psychiatrie und betonte, dass psychische Gesundheit wichtig für guten Zusammenhalt in einer Gesellschaft sei. Zwar seien psychische Erkrankungen in manchen Kulturen nicht als solche anerkannt, aber auch bei uns ist es erst seit kurzer Zeit möglich, Psychotherapie auf Krankenschein zu erhalten. Es brauche für Migrant*innen „Guides“, die durch das Dickicht des Gesundheitssystems helfen. Starke, resiliente Gesellschaften gebe es laut Lagger dort, wo hohe Diversität herrsche!

In der von Heidrun Primas moderierten Diskussion, brachte sich auch das Publikum sehr aktiv ein. Am häufigsten wurde auf die wichtige Rolle von Dolmetscher*innen hingewiesen, die auch als Kulturmittler*innen für Fachkräfte agieren. Vergleichbare Rolle nehmen migrantische Multiplikator*innen ein, die stärker gefördert und anerkannt werden sollten.

Empfehlungen an die Politik:

1. Die Politik ist gefordert Expertise anzuerkennen und notwendige Schritte zu setzen
2. Die Expert*innen am Podium und im Publikum sind sich einig, dass Maßnahmen zur Förderung psychischer Gesundheit möglichst früh ergriffen werden sollten, um spätere, sehr hohe Gesellschaftskosten zu vermeiden
3. Positive Entwicklungen sollten rasch intensiviert werden!
(Dr. Klug erwähnte die neue Gesundheitsstrategie des Landes Steiermark, die Bedürfnisse der Zielgruppe Migrant*innen stärker berücksichtigt als positives Beispiel)